

K2NEU4 Booster für den kommunalen Klimaschutz

Antragsteller*in: Mathias Schmitz (KV Pinneberg)

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Am 14. Mai 2023 bestimmen die Bürger*innen in Schleswig-Holstein über ihre
2 Kreistage, Stadträte und Gemeindevertretungen. Wir GRÜNE treten in Kreisen und
3 Kommunen für konsequenten kommunalen Klimaschutz an!

4 Diese Wahl entscheidet über politische Mehrheiten für oder gegen den
5 Klimaschutz. Dafür treten wir an und sagen eindeutig: Wir müssen sehr viel
6 schneller und in den Maßnahmen wirksamer werden. Am 14. Mai ist eine Stimme für
7 Bündnis 90/Die Grünen eine Stimme für den Klimaschutz vor der eigenen Haustür.

8 Ganz gleich, ob beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, bei der Wärmewende oder
9 bei sauberen Mobilitätsangeboten, überall kann die kommunale Ebene ganz
10 entscheidend zum Gelingen beitragen. Und es sind Kommunalpolitiker*innen der
11 GRÜNEN, die für die Erreichung der kommunalen Klimaschutzziele brennen. Wir
12 sabbeln nicht, wir machen.

13 Wir GRÜNE werden in den Städten und Kommunen die Wärmewende durch eine gute
14 Wärmeplanung und energetische Sanierung der Quartiere angehen. Wir werden für
15 ein gutes Klimaschutzmanagement streiten. Wir werden uns für eine Stadtplanung
16 ins Zeug legen, welche den veränderten Bedingungen der Klimakrise gerecht wird:
17 ohne Verbrennung fossiler Brennstoffe, mit PV-Kollektoren auf den Dächern und
18 Balkonen. Wir werden für weniger Flächenverbrauch und mehr Solaranlagen kämpfen,
19 weitere Radwege und Fahrradstraßen einrichten und für ein Ende der illegalen
20 Versiegelungen der Grundstücke durch Verschotterung sorgen.

21 Um es ganz deutlich zu machen: Wirksamer Klimaschutz braucht Priorität auf allen
22 politischen Ebenen. Klimaschutz ist kein Thema unter vielen, sondern die Aufgabe
23 unserer Zeit. Er trägt zur Sicherung der Lebensgrundlagen unserer und künftiger
24 Generationen bei, sichert die Energiesouveränität und schafft neue Wertschöpfung
25 und Arbeitsplätze. Den ambitionierten Einsatz für wirksamen Klimaschutz werden
26 wir zur Richtschnur für unsere politische Arbeit in den kommunalen Gremien
27 machen.

28 Die Landkreise und Kommunen sind es, welche die von Bund und Land eröffneten
29 Handlungsoptionen nutzen und wirksame Klimaschutzmaßnahmen beschließen können.
30 Im Land und im Bund beschließen wir GRÜNE viele Anreize und Förderungen. Dort,
31 wo es nötig und sinnvoll ist, werden wir den kommunalen Klimaschutz rechtlich
32 verbindlicher machen. In den kommenden fünf Jahren wird es mehr denn je unsere
33 Aufgabe sein, dies mit der notwendigen Konsequenz zu verfolgen, um beim
34 Klimaschutz schneller, umfassender und effizienter zu werden. Ziel soll die
35 gleichzeitige Optimierung von Energieertrag UND Biodiversität UND sinnvoller
36 landwirtschaftlicher Nutzung sein.

37 Am 14. Mai starten wir gemeinsam mit den Schleswig-Holsteiner*innen den Booster
38 für den kommunalen Klimaschutz! Dafür schlagen wir GRÜNE ein 20 Punkte starkes
39 Maßnahmenpaket vor:

40 1. Wir werden uns für einen gemeinsamen „Pakt für den Klimaschutz“ von
41 Landesregierung und Kommunen einsetzen. Damit erhalten die Kommunen mehr

42 Möglichkeiten zur Erreichung unserer Klimaziele. Mit noch mehr GRÜNEN Mandaten
43 in den Kommunen werden wir wirksamen Klimaschutz umsetzen, um das Ziel eines
44 klimaneutralen Schleswig-Holsteins spätestens 2040 zu erreichen.

45 2. Wir werden uns für eine Stärkung des kommunalen Klimaschutzmanagements im
46 Kontext der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) einsetzen. Dieses ist von zentraler
47 Bedeutung für die Erreichung der Klimaziele in den Kommunen und für die
48 Umsetzung geeigneter Klimaschutzmaßnahmen. Im Land wir uns für die Unterstützung
49 der Gründung kommunaler Klimaschutzagenturen in den Landkreisen einsetzen. Diese
50 bündeln auf Kreisebene Fachkompetenzen, beraten die Kommunen, projektieren und
51 führen in deren Auftrag Klimaschutzmaßnahmen aus.

52 3. Wir haben gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf Landesebene ein
53 Sondervermögen für den kommunalen Klimaschutz und die Wärmewende auf den Weg
54 gebracht. In den kommenden Monaten sollen daraus umfassende Förderangebote für
55 die Kommunen entwickelt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass möglichst
56 viele Kommunen die zur Verfügung stehenden Mittel abrufen und wirkungsvoll
57 einsetzen.

58 4. Die deutliche Beschleunigung von Klimaschutzmaßnahmen ist zwingend notwendig,
59 um die Klimaziele erreichen zu können. Auf allen politischen Ebenen werden wir
60 uns für die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren mit Nutzen für
61 den Klimaschutz einsetzen.

62 5. Wir begrüßen die im Erlass „Grundsätze zur Planung großflächiger
63 Solarenergie-Freiflächenanlagen (FFA) im Außenbereich“ vom September 2021
64 beschriebenen Kriterien für die Genehmigungsfähigkeit von Freiflächen
65 Photovoltaik (PV) und Solarthermie-Freiflächenanlagen. Bei einer anstehenden
66 Weiterentwicklung setzen wir uns für eine Konkretisierung an den Stellen ein, an
67 denen noch zu große Interpretationsspielräume bestehen. Die in einzelnen Kreisen
68 noch vorkommende grundsätzliche Ablehnung von wichtigen PV-Freiflächen-Projekten
69 wollen wir politisch auflösen. Der bestehende Erlass soll modifiziert werden um
70 eine Definition von Leitplanken, eine ausreichende Verbindlichkeit und
71 landesweit gleichartige Entscheidungsorientierung für alle Gemeinden zu
72 gewährleisten. Es braucht strukturierte Dialogprozesse und einen
73 Kriterienkatalog für gemeindliche Entscheidungsprozesse, die Energieertrag ,
74 Biodiversität und die landwirtschaftliche Nutzung produktiver Böden für den
75 Anbau von Lebensmitteln sinnvoll abwägt.

76 6. Die Erstellung kommunaler Potentialkataster für Solarenergie-FFA unterstützen
77 wir und halten ein gemeinsames einheitliches Datenaustauschformat für sinnvoll,
78 damit die Daten auf einfache Weise aggregiert und für die Open-Data-Plattform
79 verfügbar gemacht werden können.

80 7. Solare Wärmenetze werden einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende in den
81 Kommunen leisten. Wir werden uns für eine Förderung des Ausbaus von solaren
82 Wärmenetzen (Solar-District-Heating) mit saisonalen Wärmespeichern nach
83 dänischem Vorbild sowie weiteren Vorhaben der Wärmewende durch das Land
84 Schleswig-Holstein einsetzen.

85 8. Wir werden uns dafür einsetzen, den Bürgerenergiefonds Schleswig-Holstein
86 aufzustocken, um auch künftig Bürgerenergieprojekte zu unterstützen.

87 9. Wir wollen eine Handreichung für städtebauliche Verträge auf den Weg bringen,
88 mit der es Kommunen erleichtert wird, Solar-Freiflächenanlagen vorteilhaft zu

- 89 verhandeln. Darüber hinaus können Grundsätze der „guten fachlichen Praxis“ beim
90 Ausbau von Solar-Freiflächenanlagen helfen und sowohl Kommunen als auch
91 Projektierer*innen die Planung erleichtern.
- 92 10. Wir werden uns für ein Förderprogramm des Landes einsetzen, das in Anspruch
93 genommen werden kann, wenn für den Ausbau von Nahwärmenetzen keine
94 Bundesförderung besteht.
- 95 11. Wir werden uns in den Kommunen dafür einsetzen, die Kälte- und Wärmeplanung
96 deutlich voranzubringen. Wir streben an, die verpflichtende Wärmeplanung auf
97 mehr Kommunen zu erweitern. Mit Blick auf eine Novellierung des Energiewende-
98 und Klimaschutzgesetzes (EWKG) werden wir prüfen, ob und wie dies sinnvoll
99 umgesetzt werden kann.
- 100 12. Wir haben als Teil der Landesregierung im Rahmen des „Sondervermögens
101 Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Bürgerenergie“ bereits 75 Mio. € für
102 die kommunale Wärmewende bereitgestellt. Im Land setzen wir uns dafür ein, diese
103 Mittel möglichst schnell auf 500 Mio. € zu erhöhen. In den Kommunen werden wir
104 uns dafür einsetzen, dass die nötigen Mittel für die Kofinanzierung der
105 geförderten Projekte bereitgestellt werden.
- 106 13. Wir werden uns auf Landesebene für eine Stärkung der Energiewende- und
107 Klimaschutzinitiative zur Beratung der Kommunen einsetzen. Zur Begleitung der
108 Kommunen bei der Planung und Entwicklung von PV-Freiflächenanlagen werden wir
109 ein Kompetenzzentrum Wärme einrichten.
- 110 14. Die kommunale Planungshoheit soll mit einer verbindlichen kommunalen
111 Wertschöpfung verbunden werden. Dies kann maßgeblich durch die Aktivitäten einer
112 Energie- und Klimaschutzagentur (z. B. nach Vorbild der LEKA in MV)
113 gewährleistet werden. Ihre Arbeit zur Befähigung kommunaler Vertreter sowie
114 verantwortlicher Behörden durch Schulungen und Vernetzungsarbeit soll Grundlage
115 ihres Handelns sein und die verschiedenen Aspekte von Energieerzeugung,
116 Biodiversität und landwirtschaftlicher Nutzung abwägen helfen.
- 117 15. Wir werden eine konsequente Einhaltung der Regeln für Klimaschutz und
118 Klimafolgenminderung, wie z.B. in der LBO festgeschrieben, in den Kommunen
119 einfordern und wollen insbesondere die übermäßige Flächenversiegelung durch
120 Schottergärten abstellen.
- 121 16. Die Mobilitätswende werden wir in den Kommunen voranbringen! Wir setzen uns
122 für fahrradgerechte Orte ein und wollen kommunale Mittel in eine bessere
123 Fahrradinfrastruktur investieren. Wir streben an, die Mittel für die
124 Fahrradinfrastruktur auf mindestens 30€ pro Person in der Kommune nach
125 niederländischem Vorbild zu steigern.
- 126 17. Wir wollen hauptamtliche Radverkehrsbeauftragte in den Kreisen einstellen
127 und ausreichend Planer*innen gewinnen, um den Radwegeausbau massiv
128 voranzubringen. Im Land haben wir vereinbart, Standards für den kommunalen Fuß-
129 und Radverkehrswegebau zu erarbeiten, um in diesen Bereichen eine deutliche
130 Qualitätsverbesserung zu erreichen.
- 131 18. Wir setzen uns dafür ein, den Kommunen mehr Gestaltungsspielräume bei der
132 Verkehrssicherheit zu geben und insbesondere Geschwindigkeits-beschränkungen zu
133 erlassen. Hierfür muss der Bund die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.
134 In den Kommunen werben wir dafür, dass mehr Städte und Gemeinden in Schleswig-

- 135 Holstein Mitglied der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene
136 Geschwindigkeiten“ werden, welche schon von über 400 Kommunen unterstützt wird.
- 137 19. Auf Kreisebene und in den kreisfreien Städten setzen wir uns für steigende
138 Investitionen in den Busverkehr ein, um damit frühzeitig an der Umsetzung der
139 Mobilitätsgarantie zu arbeiten. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die
140 kommunale Mobilitätswende wie beispielsweise den Mobilitätspass befürworten wir.
- 141 20. Im Land haben wir vereinbart, die Genehmigung von Fahrradstraßen zu
142 erleichtern, wofür wir eine Richtlinie für die unteren Verkehrsaufsichtsbehörden
143 auf den Weg bringen wollen. Wir wollen den Bau von Radschnellverbindungen für
144 Pendler*innen deutlich voranbringen und wollen ausreichend Personal für Planung
145 und Umsetzung bereitstellen.

Begründung

Die Bedeutung der kommunalen Handlungsebenen für das Erreichen der Klimaschutzziele kann leicht unterschätzt werden. Wesentliche Zielsetzungen werden auf Bundesebene und in den Ländern entschieden, aber erreicht werden können sie zu einem hohen Anteil nur durch engagiertes kommunales Handeln.

Es kommt auf die Kreise, Städte, Kommunen und Ämter an, wenn es um klimaneutrale Wärme für Gebäude geht oder die Ausweisung von Flächen für die Solarenergie, um nur zwei Beispiele zu nennen. Fossile Brennstoffe für die Erwärmung der Gebäude tragen allein 23,8 % zu den CO₂-Emissionen bei: 183 von 768 Mio. to. Methan-Leckagen in den zehntausenden Kilometern Rohrleitungen sind darin noch gar nicht berücksichtigt.

Die Mobilitätswende findet nicht in erster Linie im Fernverkehr statt, sondern in der Fläche, in den Städten und Kommunen, auf dem platten Land, bei den täglichen Wegen im Nahbereich von wenigen Kilometern Wegstrecke.

Es sind die Kommunen und Ämter, die wesentliche Teile einer Mobilitätswende beschließen und umsetzen müssen. Eine besondere Verantwortung kommt dabei den unteren Verkehrsbehörden zu, welche Ermessensspielräume für Genehmigungen nutzen müssen. Vor allem, da die Straßenverkehrsordnung immer noch eine einseitige Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs festschreibt. Sie ist aus der Zeit gefallen und gehört dringend novelliert.

Unterstützer*innen

Anna Korsch (KV Pinneberg); Florian Juhl (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Steffen Regis (KV Kiel); Lukas Unger (KV Pinneberg); Marianne Elliott-Schmitz (KV Pinneberg); Christine Ax (KV Nordfriesland); Hans vom Schloß (KV Pinneberg); Anja Keller (KV Pinneberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Jonas P. Proeger (KV Pinneberg); Mechthild Rosker (KV Herzogtum Lauenburg); Beryll Winkelmann (KV Pinneberg); Bärbel Sandberg (KV Pinneberg); Stefan Alexander Mauel (KV Stormarn); Ruth Kastner (KV Stormarn); Arne Brockstädt (KV Pinneberg); Renate Frie (KV Pinneberg); Jobst Klemp (KV Pinneberg); Nelly Waldeck (KV Kiel); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Thorsten Berndt (KV Pinneberg); Philipp Schmagold (KV Plön); Margot Böhm (KV Nordfriesland); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Rainer Borchering (KV Schleswig-Flensburg); Rolf Bunte (KV Nordfriesland); Tobias Goldschmidt (KV Plön); Erika von Kalben (KV Pinneberg); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Anke Erdmann (KV Kiel); Ulrike Täck (KV Segeberg); Javier Garcia Sabin (KV Pinneberg); Nadine Mai (KV

Pinneberg); Sara Schaal (KV Rendsburg-Eckernförde); Martin Merlitz (KV Herzogtum Lauenburg); Sabine Loof (KV Pinneberg); Ullrich Kruse (KV Stormarn); Stephan Wiese (KV Lübeck); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Regina Flesken (KV Pinneberg); Denise Loop (KV Dithmarschen); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Sonja Kindlein (KV Pinneberg); Jan Kürschner (KV Kiel); Jens Herrndorff (KV Pinneberg); Kurt Reuter (KV Stormarn); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Jürgen Schramm (KV Pinneberg); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Pamela Masou (KV Pinneberg); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Doris Knabbe (KV Pinneberg); Ines Strehlau-Thomas (KV Pinneberg); Uwe Ohlendorff (KV Pinneberg); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Anna Leidreiter (KV Segeberg); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Michael Schmidt (KV Stormarn); Christian Schmidt (KV Stormarn); Frauke Erdmanski (KV Plön); Jan Koinecke (KV Pinneberg); Ralf Otzen (KV Nordfriesland); Ralf Giercke (KV Lübeck); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Leonie Beers (KV Pinneberg); Petra Gieffers (KV Pinneberg); Fabian Faller (KV Kiel); Annette Granzin (KV Ostholstein); Ralf Hübner (KV Pinneberg); Andreas Kaiser (KV Pinneberg); Jessica Kordouni (KV Kiel); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Johann Brunkhorst (KV Rendsburg-Eckernförde); Luca Brunsch (KV Kiel); Torsten Landschoff (KV Lübeck); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Ocean Renner (KV Nordfriesland)